

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 08 · 14.11.2011

*Inhalt

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 02 | Zukunftsdialog Integration | 11 | SPD fordert flexible Pflegezeiten und Lohnersatzleistung |
| 03 | Editorial | 12 | Kommt spät: Anerkennungsgesetz für ausländische Bildungsabschlüsse |
| 04 | Schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik wird zum Konjunkturrisiko | 13 | Lebensmittelverschwendung eindämmen |
| 05 | Netzpolitischer Offenbarungseid von Schwarz-Gelb | 13 | Schwarz-Gelb verspielt Chance für bessere Verbraucherinformation |
| 06 | Kündigungsschutz für unter 25-Jährige ausweiten | 14 | Bürger bei Infrastrukturvorhaben von Anfang an beteiligen |
| 06 | Die Energiewende gelingt nur mit Kraft-Wärme-Kopplung | 15 | 40 Jahre Städtebauförderung – Rettet die soziale Stadt |
| | Thema: Europäische Finanzkrise | 15 | Planspiel Zukunftsdialog 2012 |
| 07 | Schwarz-gelbe Spätzündung | 16 | Personalie/Veröffentlichung |
| | Thema: Nordafrika | | |
| 09 | Der Arabische Frühling | | |

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Zukunftsdialog Integration

Deutschlands Bevölkerung ist seit den ersten Anwerbeabkommen für Gastarbeiter vielfältiger geworden. Wir blicken zum 50. Jubiläum des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens auf viele Fortschritte im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zurück. Zugleich stehen wir vor vielen Herausforderungen - alten und neuen. Gleichberechtigte Teilhabe aller hier lebenden Menschen und das Zusammenwachsen zu einer voll integrierten Gesellschaft bilden nach wie vor die großen, bis heute nicht vollständig erreichten Ziele.

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, und ein befriedigendes Zusammenwachsen der Gesellschaft ist eine Schlüsselfrage für unser Zusammenleben im 21. Jahrhundert. Daher drängt die SPD auf eine schnelle Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Wir fordern die dauernde Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft und wollen ein kommunales Wahlrecht für Ausländer schaffen. Bürger mit einer Zuwanderungsgeschichte dürfen nicht gezwungen werden, sämtliche kulturelle Wurzeln zu kappen. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Bundestag die Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht zur Abstimmung gestellt.

Mit dem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ hat unsere Fraktion einen Diskussionsprozess zu zentralen Zukunftsfragen unseres Landes begonnen, auf die wir politische Antworten erarbeiten. Aufbauend auf dem Integrationskonzept vom Januar 2011 will die SPD-Fraktion eine Integrationspolitik entwickeln, die Versäumnisse benennt und Lösungen aufzeigt. Dafür ist es wichtig, aus erster Hand zu erfahren, wo Probleme und Herausforderungen in der praktischen Integrationsarbeit liegen. Der Zukunftsdialog Integration soll uns darüber Erkenntnisse liefern und den Akteuren vor Ort Gehör verleihen.

In den Wochen vom 14.-18. November und 5.-9. Dezember 2011 sowie zu Beginn des kommenden Jahres werden Abgeordnete unserer Fraktion bundesweit integrationspolitische Einrichtungen in ihren Wahlkreisen besuchen. Dabei wollen sie sich vor Ort über Sorgen und Anregungen der Akteure informieren. Zusätzlich wird es im Rahmen des Zukunftsdialogs öffentliche Diskussionsveranstaltungen geben, bei denen die Ergebnisse der Besuche sowie ausgewählte integrationspolitische Fragen mit Beteiligten, Experten und Bürgern debattiert werden.

Die SPD-Fraktion konzentriert sich beim Zukunftsdialog zunächst auf zwei Bereiche. Erster Schwerpunkt: der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf, der neben frühkindlichen Maßnahmen und Spracherwerb von enormer Bedeutung für den Bildungsbereich ist. Es bestehen noch immer zu viele Defizite in der schulischen und beruflichen Ausbildung von Jugendlichen in Deutschland – das betrifft leider auch vermehrt junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Insgesamt verlassen jedes Jahr 80.000 Jugendliche in Deutschland die Schule ohne Abschluss, und ein Drittel scheitert auch im Übergangssystem. Es geht darum, konkret zu benennen, welche Maßnahmen – z. B. in der Weiterbildung – zu Erfolgen führen und welche nicht.

Zweiter Schwerpunkt: Stadtentwicklung. Hier bilden das 1999 von der SPD-geführten Bundesregierung begründete Programm „Soziale Stadt“ und die zuletzt daran vorgenommenen finanziellen Kürzungen durch die schwarz-gelbe Regierung die zentrale Problematik. Stadtentwicklung soll die Stadtteile unterstützen, denen droht, abgehängt zu werden. Die Politik der Bundesregierung, sozial-integrative Maßnahmen wie Bildungs- und Freizeitangebote oder Sozialarbeit in den Kommunen nicht mehr zu fördern und sich auf bauliche Maßnahmen zu beschränken, ist fatal. Denn jahrelang erarbeiteter Zusammenhalt in und die Belegung von Stadtteilen brechen so in kurzer Zeit weg.

Der Zukunftsdialog Integration soll uns über Missstände und Erfolge vor Ort informieren. Wir wollen Ideen der SPD vorstellen und lokale Akteure bei der Lösungsfindung einbeziehen, um passgenaue Vorschläge für gelingende Integration zu entwickeln. So wird eine moderne Integrationspolitik gestaltet, die sich an den Realitäten der Integrationsarbeit ausrichtet und alle in unserer Gesellschaft zusammenwachsen lässt.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die deutsche Öffentlichkeit ist genügsam geworden mit dieser Bundesregierung. Was soll man auch erwarten nach diesen zwei Jahren fortgeschrittenen Regierungsversagens? Auch der letzte Koalitionsgipfel war nichts anderes als ein unverantwortliches Theater. Der seit Jahren von der SPD vorangetriebene Mindestlohn, den Frau Merkel auf einmal angeblich ganz wichtig findet, hat erst gar keine Rolle gespielt. Zu groß war die Gefahr, dass CDU, CSU und FDP wieder einmal im Streit auseinandergehen.

Stattdessen versucht die Bundesregierung hilflos Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und trifft dabei leichtfertige Entscheidungen. Steuersenkungen für den Koalitionsfrieden, die kaum jemand spüren wird, sind mitten in der größten Schuldenkrise Europas schlicht verantwortungslos. Priorität muss jetzt der Abbau der Neuverschuldung haben.

Auch die anderen Beschlüsse des Koalitionsgipfels sind ein Rückschritt für unser Land. Nur ein Beispiel: Das sogenannte Betreuungsgeld ist nichts anderes als eine Fernhalteprämie, die vermutlich ausgerechnet die Kinder aus Bildungseinrichtungen raushält, die es am dringendsten brauchen, um eine faire Chance im Leben zu haben. Das ist zynisch und falsch.

Uns alle bewegen weiterhin die Verschuldungskrise in Europa und die dramatischen Ereignisse in Griechenland. Wir hoffen nun auf eine stabile Übergangsregierung, die die schmerzhaften Sparmaßnahmen in Angriff nimmt und umsetzt. Es ist gut, dass ein Referendum in Griechenland abgewendet wurde. Der unsichere Ausgang hätte die Zeit bis dahin zu einer Hängepartie gemacht, die Panik und Spekulationen Tür und Tor geöffnet hätte.

Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass Haushaltsdisziplin und Rettungspakete nicht die alleinige Antwort auf die Krise sein können. Wir müssen jetzt endlich auch wieder Regeln auf den Finanzmärkten durchsetzen, die dem vielfach unvertretbaren Treiben ein Ende setzen. Vorschläge dazu gibt es genug. Durchgesetzt hat Frau Merkel davon wenig bis nichts. Es ist aus meiner Sicht ein verhängnisvoller Rückschritt, dass auf dem G-20-Gipfel klare Absprachen und zeitliche Vorgaben für die Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer gescheitert sind. Offensichtlich hat die Regierungschefs der Mut verlassen. Die Märkte bleiben auch weiterhin von den Kosten der Krise verschont. Ganz eindeutig haben sich da die Märkte gegen Politik durchgesetzt. Das darf nicht so bleiben. Denn das kostet weiterhin Glaubwürdigkeit der Politik.



Frank-Walter Steinmeier

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik wird zum Konjunkturrisiko

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland trübt sich ein. Die schwarz-gelbe Regierung versäumt es, wirtschaftspolitisch gegenzusteuern. Die SPD-Fraktion fordert Investitionen in Bildung und Infrastruktur statt ungedeckte Steuersenkungen, die die Haushalte belasten und bei den Menschen sowieso nicht ankommen.

In ihrem Herbstgutachten 2011 sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute einen deutlichen Wachstumsrückgang voraus. Die Wirtschaftsforscher verbinden ihre Prognose mit Kritik am Krisenmanagement der europäischen Regierungen in der Schuldenkrise.

Schwarz-Gelb ruht sich auf vergangenem Aufschwung aus

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat dazu durch ihre Politik des Zögerns und Zauderns maßgeblich beigetragen. Sie ist zum Zukunftsrisiko für Deutschland und Europa geworden. Nun wird deutlich, dass die schwelende Finanzkrise erneut auf die Realwirtschaft übergreift. Die Verunsicherung bei den Unternehmen wächst. Vor allem Investitionen werden zurückgehalten.

Doch die Bundesregierung hat kein Konzept für eine aktive Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Konjunktur. Inzwischen werten viele Unternehmen die schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik als Risikofaktor, wie beispielsweise der Deutsche Industrie- und Handelskammertag feststellte. Es wird Zeit, dass die Regierung die Warnsignale ernst nimmt. Sich auf dem Aufschwung, der hinter uns liegt, auszuruhen ist fatal, denn jetzt müssen die Weichen richtig gestellt werden.

SPD fordert aktive Wirtschaftspolitik

In einem Antrag formulieren die Sozialdemokraten ihre Forderungen für eine aktive Wirtschaftspolitik, die die konjunkturelle Entwicklung stabilisieren und einem Einbruch der Wirtschaft vorbeugen soll:

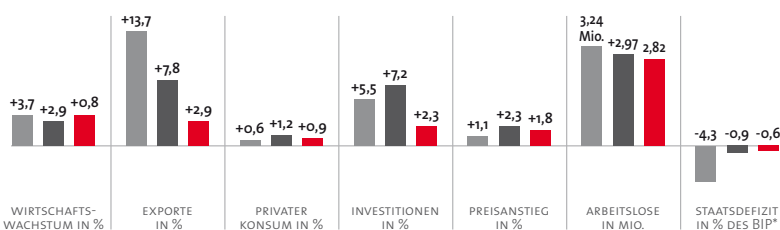
- Um die Grundlagen der Volkswirtschaft zu stärken, muss die Abhängigkeit von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes durch eine Stärkung der Binnennachfrage flankiert werden. Investitionen schaffen Arbeitsplätze, sorgen für zusätzliches Einkommen und sichern die Wissens- und Fachkräftebasis. Deshalb braucht das Land eine Strategie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur.
- Die von Schwarz-Gelb angekündigten Steuersenkungen, die bei den Menschen ohnehin nicht ankommen, sind angesichts der schwächelnden Konjunktur unverantwortlich. Sie gefährden sowohl die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als auch die Spielräume für Investitionen.
- Angesichts der Risiken für den Arbeitsmarkt ist es unverständlich, dass Union und FDP die Regelung zur Förderung der Kurzarbeit bereits Ende 2011 auslaufen lassen wollen. Um negativen Entwicklungen am Arbeitsmarkt kurzfristig vorbeugen zu können, muss die erleichterte Sonderregelung zum Bezug von Kurzarbeitergeld als dauerhaftes Instrument der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen, das die Regierung ermächtigt, die Regelungen im Bedarfsfall per Rechtsverordnung kurzfristig in Kraft setzen zu können.

Prognose der Wirtschaftsforscher

Die Wirtschaftsforschungsinstitute hatten in ihrem Herbstgutachten 2011 ihre Wachstumsprognose nach unten korrigiert: Nach 3,7 Prozent im letzten und 2,9 Prozent in diesem Jahr wird für 2012 nur noch ein Wachstum von 0,8 Prozent erwartet. Im Frühjahr waren die Institute für kommendes Jahr noch von einem Wachstum von 2 Prozent ausgegangen. Für die letzten drei Monate dieses Jahres erwarten die Wirtschaftsforscher sogar einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung. In der Folge rechnen die Institute auch mit einem langsameren Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Kaum Wirtschaftswachstum im Jahr 2012

Aus dem Herbstgutachten 2011 der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute



■ 2010 ■ PROGNOSE 2011 ■ PROGNOSE 2012

Netzpolitischer Offenbarungseid von Schwarz-Gelb

Union und FDP haben Änderungen im Telekommunikationsgesetz (TKG) beschlossen – und die Chance für Verbesserungen vertan: Weder gibt es eine garantierte Grundversorgung mit einem schnellen Internetzugang für alle noch eine gesetzliche Absicherung der Netzneutralität oder durchgreifende Verbesserungen beim Verbraucher- und Datenschutz. Eine moderne digitale Infrastruktur ist unverzichtbar für unsere demokratische und offene Gesellschaft, eine gute wirtschaftliche Entwicklung und für Innovationen in Deutschland.

Universaldienstverpflichtung für eine Breitband-Grundversorgung

Ein schneller Internetzugang für alle ist politisch durchzusetzen. Die SPD-Fraktion setzt sich deshalb für eine flächendeckende Breitband-Grundversorgung ein. „Weiße Flecken“ – gerade in ländlichen Räumen – dürfen nicht sein. Der Koalitionsansatz, nur auf die Marktkräfte zu vertrauen, ist blauäugig. Die SPD fordert eine gesetzliche Universaldienstverpflichtung, die eine Breitbandversorgung flächendeckend sicherstellt.

Der Beschluss von Union und FDP sieht nur die Aufnahme eines funktionalen Internetzugangs vor, nutzt aber nicht die von der EU geschaffene Möglichkeit, hierfür eine bestimmte Bandbreite als Universaldienst festzulegen. Die SPD hat vorgeschlagen, auf Basis der EU-Richtlinie zu ermitteln, welche Bandbreite von der Mehrheit der Nutzer eines Breitbandanschlusses verwendet wird und diese als Breitband-Universaldienst gesetzlich festzulegen.

Neben der Grundversorgung muss es bei der Breitbandversorgung eine dynamische Entwicklung geben. Dabei setzt die SPD-Fraktion auf einen fairen Wettbewerb und die Investitionen möglichst vieler Unternehmen – und fordert dafür politische Impulse: Planungsrechtliche Vorgaben und staatliche Förderprogramme müssen verbessert werden. Durch ein Sonderprogramm Breitbandausbau bei der KfW und damit verbundene Zinsverbilligungen könnten Investitionen in Milliardenhöhe angestoßen werden. Einen wichtigen Beitrag könnten zudem investitionsfreundliche Regulierungen und ein „Open access“-Modell leisten.

Netzneutralität gesetzlich absichern

Der Charakter des Internets als freies und offenes Medium ist zu stärken. Netzneutralität bedeutet die Gleichbehandlung aller Datenpakete unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel. Nur der gleichberechtigte Datentransport sichert optimale Teilhabebedingungen und geringe Marktzugangsbarrieren.

Deshalb fordert die SPD-Fraktion, das Prinzip der Netzneutralität im Telekommunikationsgesetz zu verankern. Union und FDP fehlt der Mut für ein klares Bekenntnis zu einem offenen und freien Netz für alle Menschen.

Stärkung des Verbraucherschutzes in der Telekommunikation

Der Verbraucherschutz in der Telekommunikation muss gestärkt werden. Noch immer bestehen Probleme: kostenpflichtige Warteschleifen, untergeschobene Verträge oder Abzocke durch Gewinnversprechen. Aus Sicht der SPD reichen die Maßnahmen der schwarz-gelben Gesetzesnovelle nicht aus. Die SPD-Fraktion hatte dazu dem Parlament umfassende Forderungen vorgelegt. Dazu gehören unter anderem:

- kostenlose Warteschleifen bei allen 0180- und 0900-Rufnummern
- Einwilligung in Telefonwerbung nur in einer gesonderten Erklärung des Verbrauchers in Textform
- Einführung einer verpflichtenden vertraglichen Tarifvariante für alle Grunddienste über eine maximale Mindestvertragslaufzeit von zwölf Monaten
- Sonderkündigungsrecht von Telekommunikationsverträgen bei Umzug, wenn die bisherige Leistung am neuen Wohnort nicht erbracht werden kann
- Mitnahme der Rufnummer im Mobilfunk bei einem Anbieterwechsel unabhängig vom bestehenden Vertrag
- Verbesserung der Transparenz und des Datenschutzes bei der Nutzung mobiler Ortungsdienste und Einführung einer Informationspflicht bei jeder Fremddortung
- Verpflichtende Schriftform für die Kündigung beim Anbieterwechsel und Sicherstellung des Anbieterwechsels innerhalb eines Kalendertages durch angemessene Sanktionen
- Bessere Vorschriften zur Qualität und Transparenz von Diensten, um eine bessere Kosten- und Qualitätskontrolle zu ermöglichen.

Kündigungsschutz für unter 25-Jährige ausweiten

Bei der Berechnung der Kündigungsfrist werden bislang Beschäftigungszeiten, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahrs der Beschäftigten liegen, nicht berücksichtigt. Diese Schlechterstellung ist mit dem europäischen Verbot der Altersdiskriminierung nicht zu vereinbaren. Daher hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass diese gesetzliche Regelung nicht mehr angewendet werden darf.

Ausgangsfall der EuGH-Entscheidung ist die Klage einer Angestellten aus Essen. Sie hatte gegen die Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch die Swedex GmbH & Co. KG geklagt. Im Alter von 18 Jahren war sie in deren Betrieb eingetreten und zehn Jahre später entlassen worden. Für die Bemessung der Kündigungsfrist wurde gemäß der gesetzlichen Regelung nur die Betriebszugehörigkeit der drei nach Vollendung des 25. Lebensjahres zurückgelegten Jahre anerkannt. Sie betrug deshalb nur einen Monat. Bei voller Anrechnung der zehnjährigen Betriebszugehörigkeit hätte die Kündigungsfrist vier Monate betragen müssen. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hatte in der kürzeren Kündigungsfrist eine Altersdiskriminierung gesehen und den EuGH angerufen. Dieser hat dem Landesarbeitsgericht zugestimmt.

Um Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu schaffen, schlägt die SPD-Fraktion in ihrem Gesetzentwurf die Aufhebung dieser Norm zur Berechnung der Kündigungsfristen vor. Das Prinzip, die Dauer der Kündigungsfrist an die Dauer der Betriebszugehörigkeit zu koppeln, bliebe damit weiter bestehen. Aber die Betriebstreue jüngerer Beschäftigter würde nicht mehr schlechter bewertet als die der älteren.

Die Energiewende gelingt nur mit Kraft-Wärme-Kopplung

Das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKGes) sieht vor, bis 2020 den Anteil des KWK-Stroms an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland auf 25 Prozent zu erhöhen. Damit sollen 20 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Das Ziel kann, wenn überhaupt noch, durch weitere Anstrengungen erreicht werden. Doch Schwarz-Gelb hat bislang nur angekündigt, die KWK-Förderung weiter zu entwickeln. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im Juni einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Die von ihr eingeforderten Eckpunkte für die KWK-Novelle ist die Regierung bislang schuldig geblieben. Außerdem fordert die SPD folgende Änderungen am KWKGesetz:

1. Die Betreiber der Stromnetze sollen auch in der Zeit nach der Förderung zur Abnahme des KWK-Stroms verpflichtet werden. Nur damit wird sich ein auf Dauer ausgerichteter Betrieb von KWK-Anlagen einstellen.
2. Die Förderung soll auf KWK-Anlagen orientiert werden, bei denen die Stromerzeugung im Vordergrund (stromgeführt) steht, um Schwankungen bei der Stromeinspeisung aus Wind und Sonne ausgleichen zu können. Hier soll es einen Flexibilitätsbonus für kleinere Anlagen, einen längeren Förderzeitraum für stromgeführte größere Anlagen und einen Investitionskostenzuschuss für die Errichtung von Wärmespeichern geben.
3. Die Umrüstung von bestehenden Kondensationskraftwerken zu KWK-Anlagen bzw. auch eine niederschwellige Modernisierung von KWK-Anlagen sollen in die Förderung aufgenommen werden.
4. Beim Ausbau und der Verdichtung (mehr Haushalte werden an bestehende Netze angeschlossen) von Wärmenetzen soll das Antragsverfahren gestrafft und vereinfacht werden.
5. Ebenso ist die Förderung von Mikro-KWK-Anlagen wiederzubeleben. Bis zu ihrer Einstellung durch die schwarz-gelbe Bundesregierung war dies Teil des Haushalts des Bundesumweltministeriums. Hier muss nun Investitionssicherheit hergestellt werden.
6. Generell fordert die SPD die verschiedenen Zuschlagssätze auf die Einspeisevergütung von KWK-Strom anzuheben. Damit können mehr Anlagen wirtschaftlich betrieben werden. Der Deckel für die Gesamtfördersumme von jährlich 750 Millionen Euro soll dabei nicht überstiegen werden.

Wer A sagt muss auch B sagen

Die Beschlüsse markieren mitnichten ein Ende der Krise. Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen jetzt zügig nachliefern. Vor allem bei der Banken- und Finanzmarktregulierung liegt noch vieles im Argen. Nicht unsere Währung ist instabil, sondern unser Banken- und Finanzmarktsystem. Eine Eurokrise gibt es nicht. Da müssen die Staats- und Regierungschefs ran. Die Europäische Union muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen, und eine wirksame Banken- und Finanzmarktregulierung durchsetzen. Neben der Finanztransaktionssteuer müssen die Eigenkapitalquoten der Banken erhöht, das spekulative Investment- vom Geschäftsbanking getrennt und ein geordnetes Insolvenzverfahren für systemrelevante Finanzmarktakteure eingeführt werden. Hochspekulative Geschäfte müssen bis hin zum Verbot durch verbesserte Transparenz und Aufsicht reguliert werden.

Es fehlt nach wie vor ein umfassendes Gesamtkonzept hinter den Entscheidungen. Der Export deutscher Stabilitätskultur allein vermag nicht zu überzeugen. Vielmehr brauchen wir ein Wachstums- und Beschäftigungsprogramm. Kein notleidendes Land wird sich ohne nachhaltiges Wachstum und sozialen Ausgleich aus dem Strudel der Staatsschuldenkrise befreien können.

Die Antwort der Staats- und Regierungschefs auf strukturelle Probleme einiger Länder beschränkt sich bislang auf Sozialabbau. Die Forderungen nach Erhöhung des Renteneintrittsalters, arbeitsrechtlichen Flexibilisierungen und Einschnitten in soziale Sicherungssysteme werden die betroffenen Länder kaum auf einen Wachstumspfad führen. Ohne wirtschaftliches Wachstum durch intelligente und nachhaltige Investitionen kann die Konsolidierung der Haushalte nicht gelingen.

Solidarität erneuern

Bislang hat es am politischen Willen der Verantwortlichen gemangelt, der Krise entschieden entgegen zu treten. Dadurch wurden nicht nur die wirtschaftlichen Auswirkungen verschärft und die Kosten zur Bekämpfung der Krise in die Höhe getrieben. Das katastrophale Krisenmanagement hat unsere Grundfesten erschüttert: Solidarität und Demokratie.

Die Solidarität in der Europäischen Union muss erneuert werden – nicht einseitig, sondern als Zweibahnstraße. Das bedeutet, dass Länder wie Griechenland oder Italien ihre Hausaufgaben machen müssen. Ein Zusammenspiel aus Wachstum, Einnahmesteigerungen und Ausgabenkürzungen tut Not, damit die Haushalte nicht länger tiefrote Zahlen schreiben. Aber einem Land wie Deutschland steht es nicht gut zu Gesicht, nur mit dem Finger auf andere zu zeigen. Deutschland ist der Profiteur der Wirtschafts- und Währungsunion. Ja, wir sind die Exportkönige unter den Europäern. Wir sind auch bislang dank Konjunkturpaketen und Stützungsmaßnahmen besser aus der Krise gekommen als andere. Gerade deshalb erstaunt die vielerorts propagierte Gleichgültigkeit gegenüber den notleidenden Ländern und der Zukunft Europas. Niemand erwartet, dass wir unseren Erfolg drosseln oder Exporte beschränken. Aber ohne eine Steigerung unserer Binnennachfrage durch Lohnsteigerungen werden wir die dringend benötigte Stabilität innerhalb des gemeinsamen Währungsraums nicht erreichen oder das weitere Auseinanderdriften der Eurozone verhindern.

Demokratie wiederbeleben

Eine Gemeinschaft, die sich selbst als Wohlstandsunion begreift, darf sich Jugendarbeitslosigkeitsquoten wie in Griechenland und Irland von fast 30 Prozent und in Spanien sogar von fast 50 Prozent nicht erlauben. Da verwundert der Protest der jungen Menschen nicht. Ihr Vertrauen in die EU und die Politik als Ganzes ist erschüttert. Die Politik ist für sie nur noch Handlanger der Märkte. Sie wird diesen jungen Menschen beweisen müssen, dass sie handlungsfähig ist.

Europa gestalten

Eine starke und handlungsfähige Union braucht neue Arbeitsgrundlagen. Sicher gehören hierzu Vertragsänderungen. Hierzu muss die Währungsunion weiterentwickelt werden zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion, in der Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und auch Sozialpolitiken enger koordiniert werden. Ohne die Parlamente geht das aber nicht! Sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente müssen an der kontrollierten Koordinierung beteiligt werden.

Der Arabische Frühling

Die arabische Welt ist in Bewegung geraten. In vielen Staaten Nordafrikas und der arabischen Halbinsel begehren die Menschen auf und erheben ihre Stimme gegen Armut und Unterdrückung, für mehr Wohlstand, Mitsprache und Demokratie. Dieser epochale Wandel verdient Europas volle Unterstützung. Noch ist nicht klar, wie weit der Umbruch geht – aber fest steht schon jetzt: Die Weichen in der arabischen Welt werden neu gestellt, ein Zurück zum Status quo ante gibt es nicht. Das hat tiefe Auswirkungen nicht nur für die Menschen in der Region selbst, sondern auch für Europa.

Proteste führen nicht automatisch zu mehr Demokratie

Zeitpunkt, Geschwindigkeit und vor allem der schnelle Erfolg der Bewegungen in Tunesien und Ägypten überraschten fast alle Beobachter. Mit dem Sturz Ben Alis in Tunesien war eine Dynamik in Gang gekommen, die nach und nach auf die meisten Länder der Region übergriff. Der anfängliche Eindruck eines Dominoeffekts der Demokratiebewegungen in den arabischen Ländern erwies sich jedoch als trügerisch. Der Bürgerkrieg und die darauf folgende internationale Militärintervention in Libyen sowie die gewaltsamen Entwicklungen in Ländern wie Jemen, Bahrain oder Syrien machen deutlich, dass die Protestbewegungen nicht automatisch in demokratischen Verhältnissen münden würden.

Trotz kultureller Gemeinsamkeiten in Sprache, Religion und Geschichte bildet die Region gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch keine Einheit. Die Länder unterscheiden sich erheblich in Größe, Bevölkerungszahlen, Sozialstruktur und ökonomischem Reichtum. Bereits 2004 bemängelte der Arab Human Development Report die Abwesenheit von Demokratie und Good Governance in der Region. Dem Bericht zufolge waren die arabischen Staatsapparate charakterisiert durch repressive Strukturen, Fehlen von freien und fairen Wahlen, korrupte Führungseliten, massive Beschränkungen der Presse und der Versammlungsfreiheit, durch Menschenrechtsverletzungen und eine Instrumentalisierung der Justiz durch die Machthaber. So unterschiedlich die Länder und ihre politischen Strukturen sind, so unterschiedlich sind auch die einzelnen Demokratisierungs- und Protestbewegungen und ihre Aktionsmöglichkeiten und Forderungen. Die jeweiligen Bewegungen tragen daher zunächst einen nationalen Charakter.

Der Westen hat lange mit autoritären Regimen kooperiert

Durch den Westen wurden die Entwicklungen im Nahen Osten zunächst sehr zurückhaltend aufgenommen. Anstelle von Euphorie herrschte die Sorge vor Instabilität in der Region. Das ist nicht weiter verwunderlich. Westliche Regierungen haben vor dem Umbruch in den arabischen Ländern vor allem auf Stabilität und eine Kooperation mit den autoritären Regimen gesetzt. Gaddafi erhielt z. B. eine Zusage der EU von 50 Millionen Euro, damit er Migranten an der Weiterreise nach Europa hindert. Der Westen trägt eine Mitverantwortung an den politischen und wirtschaftlichen Zuständen, die zu den Aufständen und Protesten geführt haben.

SPD-Fraktion schlägt Marshallplan für die Region vor

Der Westen muss deshalb verlorenes Vertrauen wiedergewinnen. Gebraucht wird ein strategischer Ansatz, der darauf zielt, die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften kraftvoll, schnell und über einen längeren Zeitraum hinweg zu unterstützen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb frühzeitig einen



Marshallplan für die Region vorgeschlagen und in zwei parlamentarischen Initiativen (Drs. 17/4849 und Drs. 17/5487) die Bundesregierung und die EU zur Kursänderung ihrer Politik gegenüber den Ländern Nordafrikas und der arabischen Halbinsel aufgefordert. Die Anträge machen deutlich, dass die Hilfe nur erfolgreich sein kann, wenn die Angebote zur Unterstützung auch mit einer schnellen Verbesserung der Lebensbedingungen und Perspektiven der Menschen in Nordafrika und Nahost einhergehen. Elend und Arbeitslosigkeit, besonders bei der Jugend, sind in allen betroffenen Ländern eine Hauptursache der Unruhen und des Emigrationsdrucks.

Gezielte Investitionen können helfen. Denkbar wäre z. B. eine Energiepartnerschaft, die über Investitionen in erneuerbare Energie sowohl beim Ausbau der Elektrizitätsversorgung in den Ländern Nordafrikas hilft als auch den Export sauberer und sicherer Energie nach Europa vorsieht. Der europäische Agrarprotektionismus muss korrigiert werden. Er führt dazu, dass die Situation fehlender Arbeitsplätze nicht zuletzt für die junge Bevölkerung in den Ländern Nordafrikas und im Nahen Osten noch verschärft wird. Frankreich und Italien tragen maßgeblich Verantwortung dafür, dass die europäische Mittelmeerpolitik zuletzt zunehmend intergouvernemental ausgerichtet und dementsprechend oft genug als Partnerschaft von Sarkozy und Mubarak, Berlusconi und Gaddafi inszeniert wurde. Deutschland, Großbritannien oder die skandinavischen Staaten sind deshalb in einer guten Position, einige notwendige Änderungen europäischer Politik durchzusetzen.

Hilfe zur Selbsthilfe auf Augenhöhe ist angezeigt

Darüber hinaus wäre die Abschottung Europas gegenüber Migration aus dem Nahen Osten zu lockern, temporäre Migration zu ermöglichen, etwa im Rahmen von Programmen, die Hochschulabgängern Berufserfahrung in Europa und Unterstützung bei der anschließenden Unternehmensgründung in den Ursprungsländern bieten. Demokratieförderung und Rechtsberatung sind unverzichtbar, bilateral wie auch im EU-Rahmen. Hilfe heißt aber nicht Besserwissen. Der Wille, das eigene Schicksal selber in die Hand zu nehmen, ist bei den Revolutionären und im sympathisierenden Volk überwältigend. Mit „guten Ratschlägen“ sollte der Westen zurückhaltend sein. Förderung ist willkommen, Paternalismus nicht.

Demokratie in Nordafrika aufbauen

Extremistische und terroristische Gruppen islamistischer Provenienz haben in den Revolutionen in Ägypten und Tunesien und bei den Protesten in Jordanien, Marokko, Bahrein, Saudi-Arabien und anderen Ländern keine Rolle gespielt. Eine erfolgreiche demokratische Transformation einzelner Länder wird solche Gruppen dort weiter marginalisieren. Das heißt aber nicht, dass der politische Islam in den Ländern an Boden verliert. So hat sich bei den jüngsten Wahlen zur Verfassungsversammlung in Tunesien die islamische En-Nahda-Bewegung als stärkste organisierte Kraft durchgesetzt. Alarmistische Meldungen über den Sieg der „Islamisten“ in den Medien sind aber fehl am Platz. Westliche Regierungen haben sich zu lang von den autokratischen Regimen der arabischen Welt täuschen lassen, wenn diese behaupteten, es gäbe nur die Alternative zwischen ihnen und den Islamisten. Ein pragmatischer Umgang mit dem Begriff „Islamismus“ ist vonnöten. Es gibt nicht einen, sondern viele Islamismen. Mullah Omar, der Chef der afghanischen Taliban ist Islamist. Der türkische Premierminister Erdogan ist es auch. Nach wie vor gilt, was das türkische Beispiel lehrt: dass politisch-islamische Gruppen sich am ehesten auf eine pragmatische Politik verpflichten lassen, wenn sie in demokratische Institutionen eingebunden werden.

Trotz Gemeinsamkeiten überwiegen die Unterschiede in den einzelnen Ländern. Tunesien ist am weitesten. Hier hat es jüngst freie und demokratische Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung gegeben. Ägypten wählt im November, bleibt von gewaltsamen Auseinandersetzungen aber nicht frei. Libyen hat nach dem Sturz Gaddafis eine Chance auf ein besseres politisches System. In Syrien sieht es dagegen düster aus. Das Assad-Regime lässt die Protestbewegung niederkartätschen. Insgesamt bleibt die Lage in den arabischen Ländern also weiterhin unübersichtlich und volatil. Vorhersagen über die Entwicklung wären zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig seriös. Der „Arabische Frühling“ hat die Region von Grund auf geändert. Wohin die Reise geht, bleibt jedoch offen. Einigermaßen sicher ist nur, dass sie jeden Staat der Region zu einem eigenen Ziel bringen wird – im Guten wie im Schlechten.

SPD fordert flexible Pflegezeiten und Lohnersatzleistung

Wenn ein Familienmitglied oder eine Person, die einem nahesteht, plötzlich pflegebedürftig wird, müssen Angehörige oder auch Freunde vieles organisieren. Welche professionellen Pflegeangebote kommen in Frage? Muss die Wohnung barrierefrei umgebaut werden? Welche Unterstützung im Alltag gibt es? Diese und weitere Fragen sind dann zu klären. Häufig stehen Angehörige vor dem Problem, wie sie Beruf, Familie und Pflege miteinander vereinbaren können.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion ist der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (Familienpflegezeitgesetz) nicht dazu geeignet, die Situation von Angehörigen oder nahestehenden Personen der Pflegebedürftigen zu verbessern. Deshalb haben die Sozialdemokraten zur 2./3. Lesung des Gesetzesentwurfs am 20. Oktober 2011 einen Entschließungsantrag in den Bundestag eingebracht.

Schwarz-gelbes Familienpflegezeitgesetz ungeeignet

Das schwarz-gelbe Familienpflegezeitgesetz berücksichtigt aus Sicht der SPD die Bedürfnisse pflegender und betreuender Angehöriger nicht ausreichend. So sieht das Gesetz keinen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit vor. Es hängt somit vom Willen des Arbeitgebers ab, ob Beschäftigte diese Zeit in Anspruch nehmen können oder nicht. Zudem sind die gesetzlichen Regelungen hauptsächlich auf Beschäftigte zugeschnitten, die Vollzeit und unbefristet erwerbstätig sind. Dabei handelt es sich beim Großteil der pflegenden Angehörigen um Frauen mit niedrigem Einkommen, die Teilzeitjobs haben. Des Weiteren kritisieren die Sozialdemokraten, dass die Beschäftigten eine private Versicherung für das Ausfallrisiko abschließen müssen, das durch ihren eigenen Tod oder ihre Berufsunfähigkeit für den Arbeitgeber entstehen könnte. Die Arbeitgeber bleiben dabei völlig außen vor. Außerdem enthält das Gesetz keinerlei Regelungen, um die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu verbessern.

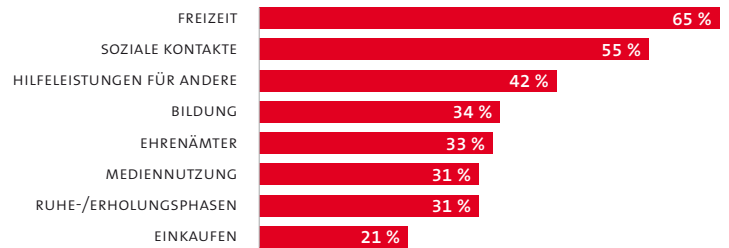
Lohnersatzleistung für Pflegepersonen einführen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, anstelle des Familienpflegezeitgesetzes das Pflegezeitgesetz weiter zu entwickeln. Dabei solle die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessert und auf eine geschlechtergerechte Ausgestaltung geachtet werden. Der

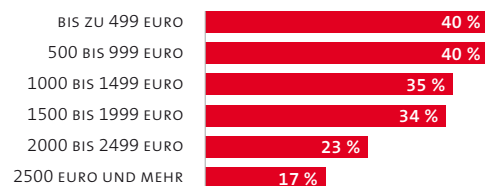
Pflege belastet

So viel Prozent der Pflegehaushalte mussten wegen der Pflege ...

diese Aktivitäten aufgeben bzw. zeitlich einschränken:



... sich finanziell einschränken – bei einem monatlichen Nettoeinkommen von



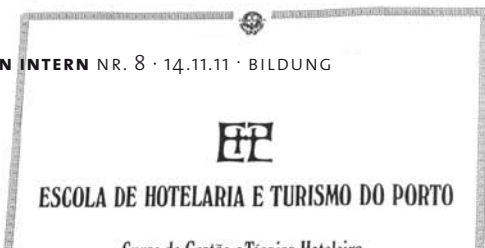
Quelle: AOK

Stand 2009

bestehende Rechtsanspruch auf eine kurzzeitige Arbeitsverhinderung von bis zu zehn Tagen soll ähnlich wie beim Kinderkrankengeld mit einer Lohnersatzleistung versehen werden. Der Rechtsanspruch auf Freistellung von bis zu sechs Monaten soll zu einem flexiblen „Zeitbudget“ mit einer Lohnersatzleistung weiterentwickelt werden. Zudem sei zu berücksichtigen, dass nicht nur Angehörige Verantwortung für Betreuung und Pflege übernehmen, sondern zunehmend auch Freunde oder Nachbarn von Pflegebedürftigen. Des Weiteren soll in einem Gesamtkonzept Pflege gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Pflegekassen die wohnortnahe Beratungs- und Pflegeinfrastruktur und der Ausbau von barrierefreiem und altersgerechtem Wohnen verbessert werden. Ebenso bedarf es einer neuen familienfreundlichen Arbeitskultur.

SPD-Fraktion hat Eckpunkte für Gesamtkonzept vorgelegt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits Eckpunkte für ein Gesamtkonzept Pflege vorgelegt, die im Augenblick mit Verbänden, Organisationen, Krankenkassen und Gewerkschaften sowie mit Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen diskutiert werden.



Kommt spät: Anerkennungsgesetz für ausländische Bildungsabschlüsse

Polinnen mit Hochschulabschluss, die als Reinigungskräfte arbeiten, sind ein Beispiel dafür, dass in Deutschland viele qualifizierte Menschen leben, die ihre beruflichen Fähigkeiten nicht nutzen können, weil ihre Bildungsabschlüsse nicht anerkannt werden. Nach Jahren der Verzögerung setzt Schwarz-Gelb nun gesetzliche Regelungen zur Erleichterung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse um. Ein erster Schritt, der aber nicht ausreicht.

Fachleute sind sich lange einig: Ein Gesetz zur besseren Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse ist überfällig. Die Anerkennung der Lebensleistung und Bildungsbiografien aller Migrantinnen und Migranten ist ein notwendiger Schritt für gelungene Integration. Und Deutschland braucht mehr und gut qualifizierte Fachkräfte.

Bereits in der Großen Koalition 2009 hat der damalige SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz Eckpunkte für ein Anerkennungsgesetz vorgelegt. Eine gemeinsame Initiative scheiterte am Widerstand der Union. Im Dezember 2009 legte Bildungsministerin Schavan Eckpunkte vor und versprach, bis Sommer 2010 einen Gesetzentwurf einzubringen. Dazu kam es jedoch erst im März 2011. Diesen hat der Bundestag am 29. September beschlossen.

SPD-Fraktion fordert Nachbesserungen und begleitende Fördermaßnahmen

Kern ist die Einführung eines Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes, das für alle Migrantinnen und Migranten einen Anspruch auf eine individuelle Gleichwertigkeitsprüfung nach einem einheitlichen Verfahren schafft. Schwarz-Gelb hat damit eine zentrale Forderung der SPD-Fraktion umgesetzt, die sie schon Ende 2009 in den Bundestag einbracht hatte.

Die Sozialdemokraten sehen das schwarz-gelbe Gesetz als späten Schritt in die richtige Richtung. Zugleich kritisiert die SPD einzelne Regelungen. Sie hält Nachbesserungen sowie zusätzliche, begleitende Maßnahmen für nötig:

- Ohne individuelle Beratung werden viele im Verwaltungsdschungel scheitern. Deshalb muss ein Rechtsanspruch auf Beratung und Begleitung im Verfahren gesetzlich verankert werden.
- Gebühren dürfen nicht zur sozialen Hürde wer-

den. Das droht, wenn je nach Fallkonstellation hohe dreistellige oder vierstellige Kosten anfallen. Deshalb muss mit einer Kostenobergrenze sowie mit Regelungen für Härtefälle Rücksicht auf die soziale Lage der Antragstellerinnen und Antragsteller genommen werden.

- Das Gesetz sieht je nach Berufsgruppen unterschiedliche Fristen vor, innerhalb derer über die Gleichwertigkeit einer Qualifikation entschieden werden muss. Diese Ungleichbehandlung ist inakzeptabel. Es sollte in jedem Fall, unabhängig von Herkunft der Abschlüsse bzw. Beruf, die Frist von drei Monaten mit der Verlängerungsmöglichkeit in schwierigen Fällen um einen weiteren Monat gelten.
- Die neuen Regelungen konzentrieren sich auf die Papierlage von Abschlüssen, um Kompetenzen und Qualifikationen festzustellen. Das reicht nicht. Stattdessen muss die nur in Ausnahmefällen vorgesehene Begutachtung der tatsächlichen Fähigkeiten durch ein Kompetenzfeststellungsverfahren Standardangebot werden.
- Wenn keine volle Gleichwertigkeit festgestellt wird, sieht der Gesetzentwurf in bestimmten Berufsgruppen Ausgleichsmaßnahmen vor: einen Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung. Warum das in anderen Berufsgruppen nicht gelten soll, ist nicht nachvollziehbar. Zudem kümmert sich Schwarz-Gelb nicht um ein entsprechendes Qualifizierungsangebot, wodurch Betroffene auf den Weiterbildungsmarkt angewiesen bleiben. In das Gesetz muss deshalb für alle Berufe ein Anspruch auf Anpassungslehrgänge sowie auf Prüfungs-Vorbereitungsmaßnahmen, unter Einbezug von berufsspezifischen Sprachkursen, aufgenommen werden. Außerdem muss die Teilnahme an Ausgleichsmaßnahmen finanziell möglich sein. Statt wie Union und FDP die Mittel zur Integration am Arbeitsmarkt zu kürzen, fordert die SPD, den Menschen bei Bedarf ein Förderangebot im Sinne eines „Einstiegs-BAföG“ zu machen.

Schließlich gelten die neuen Regelungen nur für Berufe im Zuständigkeitsbereich des Bundes, wie die der dualen Berufsausbildung oder auch u. a. Ärzte, Notare oder Krankenpfleger. Die SPD-Fraktion fordert deshalb, gemeinsam mit den Ländern sicherzustellen, dass auch für die nach Landesrecht geregelten Berufe entsprechende Regelungen etabliert werden.

Lebensmittelverschwendung eindämmen

Mit über 300 verschiedenen Brotsorten ist Deutschland ein Brotparadies. Doch jedes fünfte Brot landet im Müll. Bis Ladenschluss wird das komplette Sortiment angeboten – damit Kunden auch um 20 Uhr noch volle Auswahl haben. Was übrig bleibt wird weggeworfen, auch frisch und originalverpackt: Ob Brot, Obst, Gemüse, Milchprodukt, Fertiggericht oder Wurst.

Die Verschwendung hat weltweit verheerende soziale und ökologische Folgen. Denn für die Produktion werden Umwelt und Klima belastet, Dünger und Energie eingesetzt, Wasser und Rohstoffe verbraucht und landwirtschaftliche Flächen genutzt. Die Preise steigen. Darunter leiden vor allem arme Länder: Dort würden diese Ressourcen dringend gebraucht, um für Nahrungssicherheit vor Ort zu sorgen und Hunger zu bekämpfen.

Vom Acker bis zum Teller sind alle an der großen Wegwerf-Orgie beteiligt. Deshalb muss gemeinsam mit Herstellern, Händlern und Verbrauchern den Gründen nachgegangen werden, warum auf jeder Stufe der Wertschöpfungskette bis in die

Privathaushalte genießbare Lebensmittel in großen Mengen weggeworfen werden. So müssen z. B. Verständlichkeit und Auswirkungen des Mindesthaltbarkeitsdatums für Verbraucher, Händler und Tafeln untersucht werden. Die SPD-Fraktion hält die Einrichtung eines Runden Tisches gegen Lebensmittelverschwendung für notwendig. Dabei soll die Zivilgesellschaft einbezogen werden. Mit ihrem Antrag „Strategie gegen Lebensmittelverschwendung entwickeln“ hat die SPD Vorschläge vorgelegt.

Eine Untersuchung über Lebensmittelverschwendung hatte Ministerin Aigner bereits Ende 2010 angekündigt. Die Ergebnisse sollen aber erst 2012 vorliegen. Bis dahin wird die Bundesregierung ihre Untätigkeit wohl mit der noch nicht abgeschlossenen Untersuchung begründen.



Schwarz-Gelb verspielt Chance für bessere Verbraucherinformation

Welche Information brauchen Verbraucherinnen und Verbraucher, um gute Entscheidungen zu treffen? Wie müssen Informationen in welcher Form wann zur Verfügung stehen? Darauf hat die Koalition keine Antworten.

Produktkennzeichnungen und Verbraucherinformationen müssen auf ihre Verständlichkeit und Nützlichkeit untersucht werden. Notwendig ist ein Ausbau der Verbraucherforschung. Nur so kann die Politik die Verbraucher besser verstehen und ein Konzept für bessere Verbraucherinformationen entwickeln. Leider unternimmt Ministerin Aigner nichts, um hier voran zu kommen. Die Verbraucherpolitik von Schwarz-Gelb ist ohne Leitbild und ohne Konzept.

Auch der Entwurf des Verbraucherinformationsgesetzes verspricht wenig Verbesserung: 2006 wurde die Anbieterseite von der Großen Koalition aufgefordert Vorschläge vorzulegen, wie sie Verbraucher besser informieren will. Sonst sollte ein Auskunftsanspruch gesetzlich geregelt werden. Rechte gegen-

über Unternehmen enthält Aigners Entwurf jedoch nicht. Selbst wenn Unternehmen mit besonderen Produkteigenschaften werben oder sich als besonders nachhaltig darstellen, müssen sie diese Angaben nicht belegen.

Die Kostenregelung zeigt, wie es um die Transparenzkultur dieser Bundesregierung steht. Kostendeckende Gebühren will Schwarz-Gelb verlangen, wenn Anfragen zu Rechtsverstößen 1000 Euro überschreiten. Die SPD hatte in der Großen Koalition durchgesetzt, dass alle Anfragen zu Rechtsverstößen kostenfrei bleiben. Schwarz-Gelb schreckt damit vor allem Journalisten und Nichtregierungsorganisationen ab, die jedoch bei der Aufklärung und Information der Verbraucher eine entscheidende Rolle spielen.

Bürger bei Infrastrukturvorhaben von Anfang an beteiligen

Die meisten Menschen wollen, dass Strom in Deutschland aus erneuerbaren Energien wie z. B. aus Wind erzeugt wird. Doch niemand will die Stromtrassen, welche die Energie aus den Windparks im Norden in den Süden liefern, in seiner Nachbarschaft haben. Als Industriestandort ist Deutschland auf eine gut funktionierende, moderne Infrastruktur angewiesen. Deshalb erarbeitet eine Projektgruppe der SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen des „Projekts Zukunft“ Grundlagen für einen Infrastrukturkonsens.



Als ersten Schritt haben die Sozialdemokraten ein Dialogpapier für bessere Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben vorgelegt, das sie am 31. Oktober in einem Werkstattgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von 15 Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland diskutierten. Damit hätte die SPD-Fraktion ein Experiment gewagt, was sich aus Sicht des Verantwortlichen für die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“, Sören Bartol, mehr als gelohnt hat.

Bei Infrastrukturmaßnahmen mehr Demokratie wagen

Der SPD-Fraktion geht es darum, Bürgerinnen und Bürger bereits an der Entscheidung zu beteiligen, ob ein Infrastrukturprojekt überhaupt realisiert wird oder nicht, erklärte SPD-Fraktionsvize Florian Pronold. Ebenso müssten sie auch über Alternativen bei der Umsetzung mitentscheiden können. Allerdings werde es auch darum gehen, bei den Beteiligungsverfahren nicht nur die Situation vor Ort zu betrachten, sondern auch die Auswirkungen darüber hinaus mit einzubeziehen. Die SPD-Bundestagsfraktion wolle eine moderne und nachhaltige Industriepolitik. Dafür und für die in Deutschland lebenden Menschen müsse gemeinsam mit ihnen definiert werden, welche Infrastruktur in Zukunft benötigt werde.

Hierzu werfe das Dialogpapier rund 60 Fragen auf, die nun zur Diskussion stehen. Ziel sei es, die bisherige Planungskultur zu durchbrechen und neue Wege zu gehen, die einen Konsens über künftige Infrastrukturmaßnahmen ermöglichen. Für eine bessere Beteiligung seien deshalb Formen wie das

Mediationsverfahren oder auch eine Planungswerkstatt denkbar, sagte Hans-Joachim Hacker, Mitglied der Fraktions-Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“.

Transparenz schaffen – Akzeptanz erreichen

Die 15 Bürgerinitiativen bewerteten das Anliegen der SPD, einen Infrastrukturkonsens durch eine bessere Bürgerbeteiligung möglich zu machen, sehr positiv. Auch das Verfahren, mit Verbänden und Bürgerinitiativen gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten, fand großen Anklang. Alle waren sich einig, dass sich Bürgerinnen und Bürger bereits vor dem Raumordnungsverfahren an Entscheidungen beteiligen sollten. Nur so sei eine ergebnisoffene Diskussion möglich, die auch dahin führen könne, dass ein angedachtes Infrastrukturprojekt nicht umgesetzt oder eine alternative Linienführung vereinbart werde. Die Partizipationsmöglichkeiten sollten breit angelegt sein, und je nach Projekt sollte es Abstufungen bei der Beteiligung geben.

Transparenz bei Infrastrukturvorhaben war ein Schlüsselwort bei den Bürgerinitiativen. So müsse nachvollziehbar sein, welche Kriterien ausschlaggebend für die Prioritätensetzung bei Projekten seien. Ebenso müsse zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern die gleiche Augenhöhe bestehen. Dazu gehöre, dass die Verwaltung alle Unterlagen in verständlicher Form z. B. im Internet zur Verfügung stellt. Des Weiteren wurde angeregt, den Bürgerinnen und Bürgern während eines Beteiligungsverfahrens einen Ombudsmann zur Seite zu stellen. Eine bessere Beteiligung, betonten die Bürgerinitiativen, könne dazu führen, schneller eine gute Entscheidung zu treffen und Projekte wirtschaftlicher umzusetzen. Hierfür sei eine neue Kultur in der Politik gefragt.

Die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“ wird die Diskussionsergebnisse in die Weiterentwicklung des Diskussionspapiers einfließen lassen. Zudem wurde das Papier an rund 80 Verbände geschickt, die dazu Stellung nehmen.

Mehr Informationen gibt es unter www.spdfraktion.de

40 Jahre Städtebauförderung – Rettet die soziale Stadt

Vor 40 Jahren hat die von Willy Brandt geführte Bundesregierung die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern eingeführt. Sie leistet einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung deutscher Städte und Gemeinden und setzt Investitionen in Gang: Jeder Euro aus Fördermitteln von Bund und Ländern für den Städtebau löst 8 Euro an öffentlichen und privaten Bauinvestitionen aus. Am 24. Oktober diskutierte die SPD-Bundestagsfraktion mit rund 200 Expertinnen und Experten in Berlin auf einer Konferenz die Erfolge der Städtebauförderung und die schwarz-gelben Kürzungen.

Schwarz-Gelb hat die Bundesmittel für die Städtebauförderung im Jahre 2011 auf 455 Millionen Euro und für 2012 auf nur noch 410 Millionen Euro gekürzt. Besonders stark betroffen ist das 1999 unter Rot-Grün eingeführte Programm „Soziale Stadt“: Im Jahr 2011 hatte die Koalition die Bundesmittel um über 70 Prozent auf 28,5 Millionen Euro gekürzt und die wichtigen sozial-integrativen Modellvorhaben gestrichen. Immerhin hat der Druck aus Ländern und Kommunen dazu geführt, dass 2012 40 Millionen Euro bereit stehen. Doch auch das reicht nicht, um die notwendigen baulichen Investitionen in sozialen Brennpunkten anzustoßen.

Die Konferenzteilnehmer waren sich einig, dass die Kürzungen in der Städtebauförderung wieder zurück genommen werden müssen. Der Bund solle sich auch daran beteiligen, die Wohnungsknappheit in Ballungsräumen zu überwinden und der Leerstandsproblematik in schrumpfenden Regionen zu begegnen. Zudem dürfe die notwendige energetische Gebäudesanierung nicht zur sozialen Spaltung beitragen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland sei auch die barrierefreie bzw. barrierearme Gestaltung von Wohnungen und Wohnumfeld sowie die Einführung neuer Wohnformen (z. B. Senioren-Wohngemeinschaften) eine große Aufgabe für die Stadtentwicklung, der sich die öffentliche Hand annehmen müsse.

Planspiel Zukunftsdialog 2012

Jugendliche aus ganz Deutschland beteiligen sich am Projekt Zukunft

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit dem Projekt Zukunft und den dazu gehörenden Projektgruppen zum Ziel gesetzt, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf drängende Zukunftsfragen zu finden. Besonders interessant ist dabei die Sichtweise von jungen Menschen. So abgedroschen es auch klingen mag: Sie sind die Zukunft und haben daher ein ganz besonderes Interesse daran, die Zukunft des Landes mitzugestalten.

Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion das Planspiel Zukunftsdialog ins Leben gerufen. An drei Tagen erhalten 150 Jugendliche aus ganz Deutschland die Gelegenheit, die Arbeit und die Positionen der Fraktion hautnah in Berlin kennenzulernen. Und nicht nur das: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich auch aktiv an der Arbeit der SPD-Fraktion beteiligen, indem sie eigene Anträge zu ausgewählten politischen Fragestellungen in Arbeitsgruppen erarbeiten. Die Ergebnisse sollen dann den „echten“ Arbeitsgruppen der Fraktion als Arbeitspapiere vorgestellt und überreicht werden. An Originalschauplätzen werden die Jugendlichen in die Rollen der Abgeordneten schlüpfen und so spielerisch, aber realistisch die Abläufe der SPD-Bundestagsfraktion kennenlernen.

Das Planspiel findet vom 06. bis 08. Mai 2012 in Berlin statt. Jede und jeder Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion hat die Möglichkeit, einen Teilnehmer oder eine Teilnehmerin aus dem eigenen Wahlkreis zu benennen. Alle interessierten Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren können sich ab sofort in den Abgeordnetenbüros informieren und bewerben.

Mehr Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de/planspiel und im Faltblatt „Planspiel Zukunftsdialog 2012“.

Personalie

Am 18. Oktober hat die SPD-Bundestagsfraktion ihre Arbeitsgruppensprecher und -sprecherinnen für die kommenden zwei Jahre gewählt. Die langjährigen AG-Sprecher Dr. Dieter Wiefelspütz (Inneres) und Uwe Beckmeyer (Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) sind nicht mehr zur Wahl angetreten und haben ihr Amt an jüngere Nachfolger abgegeben.



Als neuer Sprecher der Arbeitsgruppe Inneres wurde Michael Hartmann gewählt. Der 48-jährige Rheinland-Pfälzer ist seit 2002 Bundestagsabgeordneter und war zuvor Sprecher der Arbeitsgruppe Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.



Neuer Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist Sören Bartol. Der 37-Jährige aus Nordhessen war zuvor stellvertretender Sprecher der selben Arbeitsgruppe. Außerdem leitet er die Projektgruppe Infrastrukturkonsens.

Veröffentlichung

Neuer Konsens für eine moderne Infrastruktur

Das achtseitige Faltblatt, erschienen im Oktober 2011, skizziert die Themen der Projektgruppe Infrastrukturkonsens im Rahmen des Projekts Zukunft. Dazu gehören die Verbesserung der Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben, die nachhaltige Prioritätensetzung bei der Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur und der Ausbau des Energienetzes sowie des Breitbandnetzes.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint am 19. Dezember 2011

Informationen gibt es auch unter spdfraktion.de und auf [facebook.com/spdbundestagsfraktion](https://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion)

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Johannes von Ahlefeld, Alexandra Brzezinski, Wolfgang Ehrhart, Stefan Hintermeier, Ira Kriesche, Anja Linnekugel, Robert Oszkinat, Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Teves, Johanna Tigges

Illustrationen und Fotos: photothek.net/Thomas Köhler (S. 3), photothek.net/Ute Grabowsky (S. 7), picture-alliance/dpa (10, 12, 13, 14), S. Voorwinden nach picture-alliance/dpa-Grafik (S. 4, 11), Klaus Vhynalek (Titel)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 510 48 Telefax: 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 Telefax: 030 / 227-568 00

E-mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet